

# Halle-Zeitung

## Halle'sche Neueste Nachrichten. Handelsblatt für Mittelddeutschland

erschienen am jedem Montag nachmittags. Die Bezugs-Gebühren des Blattes betragen in Stadt und Land 12000 Mark, auch die Post bei freier Zustellung monatlich Mark 115,00, in den Postgebieten abwechselnd Mark 115,00 monatlich. Die ausserhalb der Postgebieten-Mitglieder-Zeile kostet im Vorausbezahlten Mark 8,00, im ausserhalb der Postgebieten Mark 10,00. Beilagen die Mitglieder-Zeile Mark 25,00 im Vorausbezahlten und Mark 40,00 im ausserhalb der Postgebieten. Anzeigen-Gebühren: Fern über sechsmalig.

Verlags-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Traubensche 17. Fernsprecher-Gesamtnummer 1900 und 1148. Druck-Veranstaltung: Halle a. S., Große Traubensche 17. Druck-Veranstaltung: Halle a. S., Große Traubensche 17. Druck-Veranstaltung: Halle a. S., Große Traubensche 17.

# Wendung der amerikanischen Finanzpolitik?

Hoffnungserweckende Stimmen aus New York / Die Krise im englischen Kabinett / Zur Wahl des Reichspräsidenten / Leichtes Nachgeben des Dollars / Ueberprüfungen im Rathenau-Projekt.

## Amerikas Schuldenpolitik.

„Bebingungen von weitgehender Liberalität.“

Paris, 10. Oktober. Nach einer Aussprache aus New York hat Senator Lodge in einer Rede auf die internationalen Schulden angeleitet und erklärt, es ergehe ihm nicht unermüdet, wenn die Vereinigten Staaten ihre Schuldner ermahnen, in angemessener Form Rückzahlungen zu leisten, mögen die Vereinigten Staaten für die Schuldbekämpfung und der Zeitpunkt der Rückzahlung von Kapital und Zinsen Bedingungen von weitgehender Liberalität zu gewahren haben.

Nach einer Aussprache aus New York erklärte der Washingtoner Korrespondent der „New York World“, die amerikanische Regierung sei überzeugt, daß der Zeitpunkt für einen ernsten Versuch gekommen sei, die Weltfinanzen wieder auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Die Regierung sei im Besitze, gewisse bestimmte Schritte im Hinblick auf die Regelung der Kriegsschulden zu tun, bevor sie mit den europäischen Nationen zusammen an der Wirtschaftskonferenz teilnimmt. Die Regierung lasse sich aus dem Einladungen zu Londoner allgemeinen Finanz- und Industrie-Konferenzen nachkommen, die ihr wahrscheinlich ausgeben werde. Der amerikanische Vertreter werde an den Beratungen und Abmachungen der Konferenz sich beteiligen, allerdings unter dem Vorbehalt, daß alles, was er tue, die Genehmigung der amerikanischen Kongresses bedürfe. Zurzeit beabsichtige man erstens, sich zu versichern, zu welchem Zeitpunkt der englische Schatzkanzler Borne eintrifft, und was Großbritannien im Hinblick auf die Schuldenregelung zu tun bereit sei, zweitens, falls die englischen Vorschläge mit den amerikanischen Forderungen übereinstimmen, die Kongress um Änderung einiger dieser Bestimmungen zu ersuchen.

Sollte die Nachricht der Wahrheit entsprechen, so würde sie einen Umschwung in der amerikanischen Nachkriegspolitik bedeuten.

## Verlaug der deutsch-amerikanischen Verhandlungen.

Washington, 10. Oktober. Die deutsch-amerikanische Kommission zur Entscheidung der Kriegsschulden vertrat nach einer kurzen Sitzung ihre Verhandlungen bis zum 1. November, um die Ankunft des deutschen Vertreters, Rechtsanwalt Kiehlhals, abzuwarten.

Paris, 11. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Dem „Matin“ zufolge soll der englische Delegierte Sir John Babington der Ansicht sein, daß die Kommission nicht wie ursprünglich geplant, den November abwarten dürfe, um Maßnahmen gegen den Bankrott Deutschlands zu treffen. Babington will deswegen beantragen, daß Deutschland bis Ende 1923 von allen Zahlungen befreit werde, und daß das Garantiekomitee ein Vetorecht erhalte, um die deutschen Staatsausgaben zu kontrollieren und die Emission von Papiergeld unter Umständen zu verhindern. Dieses Vetorecht habe England bisher abgelehnt mit dem Bemerkten, es könne nur im Falle einer bestehenden Herabsetzung der deutschen Schulden das Vetorecht ausgeüben. Barthou demteriz das Gerücht von dem bevorstehenden Ausscheiden des französischen zweiten Delegierten der Reparationskommission Mauczer.

## Ein französischer Vorstoß.

London, 11. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Im politischen Kreise verläutet, daß die französische Regierung neuerdings im Foreign Office unerbittlich in der Angelegenheit der militärischen Garantien für Frankreich haben insistieren lassen. Auch sei von Seiten Frankreichs vertraulich durch Mittelspersonen angefragt worden, welche Kompensationsvorschläge in der Reparationsangelegenheit die englische Regierung der französischen machen könne, für den Fall einer eventuellen diplomatischen Unterwerfung Englands durch Frankreich auf der kommenden Orientkonferenz.

Paris, 10. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Barthou wird aller Voraussicht nach in nächster Zeit die Moratorionsfrage wieder aufrollen müssen. Poincaré hatte heute vormittags eine lange Unterredung mit Barthou über die wichtigsten Fragen, mit denen die Reparationskommission sich zu befassen haben wird. Nach einer weiteren Meldung war im Freireich der Quai d'Orsay von einer Absicht der französischen Regierung, Barthou mit der Wiederanrufung der Moratorionsfrage zu betrauen, nichts bekannt. Die Nachricht wurde aber auch nicht ungewisserweise demontiert. Extrem nationalstheische Dramen, wie die „Action française“ und die „Extrem“, haben den neuen Minister heute als Beweis für den ungeschicklichen Mißbrauch der Schmutzpolitik gegenüber Deutschland hingestellt. — Zur Reparationsfrage erklärte Poincaré einem italienischen Zeitungsmann: Frankreich gedente auf die deutschen Reparationen nicht zu verzichten. „Der Plan der Deutschen bei Her. Da sie im Gegensatz zu Frankreich und Staaten keine Auslandsschuld hätten, trachteten sie die Reparationen auf ein Minimum herabzusetzen, um ihre wirtschaftliche Fortschrittsaktivität wiederzugewinnen.“ (2) Die Politik der Entwertung des eigenen Geldes und Kreditirrens (1) bezwecke zweierlei: einmal das Kassieren, zweitens die inter-

nationale Anleihe. Der Wunsch auf dem Bankrottwege soll die Alliierten zur Gewährung der Anleihe zwingen. — Der „Temps“ schreibt, das angebliche Annehmen der schwebenden Schuld des Reiches sei eines der Probleme, mit denen die Reparationskommission sich beschäftigen müsse. Es erhebt sich nun die Frage, fährt der „Temps“ fort, ob Deutschland den Beschlüssen der Reparationskommission gemäß handeln wird oder ob es sich gegenüber den Bedingungen, von denen die Aufrechterhaltung des Zahlungsaufschubes abhängig gemacht wurde, eine Verletzung zuschulden kommen liege.

## Eine neue Wiederaufbaugruppe.

Hamburg, 10. Oktober. In der Börse fand heute eine Besprechung hamburgischer und norddeutscher Industrieller wegen Errichtung einer neuen deutsch-französischen Wiederaufbaugruppe für Hamburg und Norddeutschland statt, und zwar auf Veranlassung der Bank und Handels A.G. in Hamburg. Mit französischen Mandatarien ist bereits in Paris verhandelt worden. Beabsichtigt ist die Gründung einer Interessengemeinschaft der in Betracht kommenden Industriellen in Form einer G. m. b. H. Insgesamt sollen Beträge von 600 Millionen Franken in Betracht kommen. Die Industriellen, die in der Verammlung Interesse zeigten, werden in den nächsten Tagen abermals zusammenzutreten und weitere Schritte für die Gründung vorbereiten.

## Die Orien-Verhandlungen.

Paris, 11. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Nach der in Paris eingetragenen Meldung haben die alliierten Generale Jemid Balcha einen Vertragsentwurf überreicht, der auf Grund des Abkommens zwischen Poincaré und Cerpan ausgearbeitet worden ist. Er enthält die weiteren Bestimmungen über die Zahl der türkischen Soldaten, die in Thrazien aufgestellt werden sollen. Jemid Balcha hat den Entwurf der Regierung von Ankara auselast. Der Jemid überreichte Entwurf bestimmt, Thrazien sei unter der Bedingung der Türkei zurückzugeben, daß eine Kommission die Grenze der neutralen Zone zu bestimmen habe, um die Freiheit der Alliierten hinsichtlich der Thrazienzone zu wahren. Eine Aussprache aus Konstantinopel besagt, man sehe mit Optimismus dem Endergebnis der Konferenz entgegen. Die Unterzeichnung des Protokolls ist für sechsten 5 Uhr vorgesehen.

Aus London wird gemeldet: Generalmajor Warren Anderson, der Sonntag in einem Flugzeug die Fahrt von London nach Konstantinopel angetreten hat, ist mit einer besonderen Aufgabe betraut, die nicht mitgeteilt werden kann, aber der Offizier in Konstantinopel gelandet ist. — Aus Athen meldet die „Daily Mail“: Ein Komitee von thralischen Deputierten verließ Athen, um die Räumung Thraliens zu übersehen. Es handelt sich um 250 000 bis 260 000 Soldaten sowie 150 000 Flüchtlinge, die kürzlich aus Kleinasien eintraten. In Thrazien soll sich immer härterer Widerstand gegen die Räumungsbeehle der Regierung geltend, deren Autorität sich von Tag zu Tag verringert. Die Verhandlungen sind daher abgebrochen worden, die Räumungsfrist von 30 auf 60 Tage zu verlängern. Nach gestern abend einmündigen Letztantrag aus Athen ist über ganz Griechenland das Ständrecht verhängt worden.

## Kein Rücktritt Lloyd Georges?

Paris, 11. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) „Daily Mail“ behauptet heute, daß Lloyd George trotz der Angriffe von vielen Seiten, die ihm bisher nachgesagt, nicht an einen Rücktritt denke. Die Besprechungen des Ministerpräsidenten zur Unionistischen Partei nehmen ein Schwermüdigkeit an, und Sir Younger warf kürzlich in einer Sitzung der Parteiführer die Frage auf, ob noch ein Zulammengehen mit der Koalitionsregierung möglich sei. Ansehen haben die lokalen Gruppen der Partei verlangt, daß die Entscheidung darüber nicht vor der Jahresversammlung, die am 15. November in London beginnt, gefällt werde. Was London nicht hochschätzend gemeldet, daß Lloyd George am kommenden Sonnabend in Manchester eine Rede über die Lage im Orient halten wird. Aus den Kreisen der unabhängigen Liberalen verläutet, daß man die Neuwahlen noch vor Ende dieses Jahres erwartete und sich bereits jetzt auf vorbereitet.

Der Generalfeld der Trade Union und die parlamentarische Gruppe und das Exekutivkomitee der Labour Party haben in gemeinsamer Sitzung beschlossen, ein Manifest herauszugeben, in dem es u. a. heißt: Die Aufmerksamkeit des Rates sei auf die Tatsache hingelenkt worden, daß die Kriegsparteien im Schoße der englischen Regierung ihre Tätigkeit fortsetzen, namentlich durch ihre Verschwendung in der Erde. Der Rat fordere die sofortige Einstellung dieser ungeschicklichen Politik sowie den Rücktritt der Regierung, die für diese Politik verantwortlich sei. Diese Regierung sei im Auslande nicht beliebt und könne dem englischen nationalen Interesse nur schaden. In London wurde gestern ancheinend als Antwort Lloyd Georges auf die Angriffe der letzten Tage der Schwermüdigkeit über den am 21. September gefassten Beschluß der Arbeiterpartei mit 30 Wörtern von Generalrates der Gewerkschaften veröffentlicht. Mit diesem Bericht soll beweisen werden, daß die Politik der englischen Regierung im wesentlichen mit der der Arbeiterpartei übereinstimme.

Heutiger Stand des Dollars 2700!

## England und Amerikas Stellung.

Nachdem Reichsminister A. D. Schäffer im ersten Teile seines Auftrages in der Sonberrnummer des „Wanderer Guardian“ die Stellung Frankreichs zum Reparationsproblem darlegt hat, kommt er im zweiten Teil der Stellung Englands und Amerikas zu. Die Schriftleitung.

England hat sich Frankreich in den Weg geworfen, nicht um Deutschland, sondern um seiner selbst willen. Es ist wirtschaftlich daran interessiert, daß Deutschland nicht zugrunde geht. Aber noch größer ist sein politisches Interesse. Bei Beginn des Weltkrieges äußerte ein englischer Staatsmann, daß es für Deutschland besser sei, wenn England am Kriege selbst aktiv teilnehme, als wenn es draußen bliebe, weil es leichter zu gegebener Zeit zu seinen Gunsten einzuwirken könne. England hat diesen Zeitpunkt verpaßt. Es hat nicht so rechtzeitig Halt gehalten, daß Rußland und Deutschland kräftig genug geblieben wären, um Frankreich ein Gegengewicht zu bieten. Daher Englands Abneigung auf Rußland; daher Englands Eintreten für Deutschland. Weichen Deutschland und Rußland dauernd auseinander, so ist Frankreich auf dem Kontinente allmächtig, England herausgedrückt und in schwieriger Lage gegenüber Amerika und Japan. Aber ob England willens oder auch nur imstande ist, seinen Widerspruch gegenüber Frankreich bis zum letzten durchzusetzen, erhebt sich zum mindesten recht zweifelhaft. Will oder kann es das nicht tun, so könnte sein Eintreten für Deutschland eher schädlich als nützlich wirken; denn dann wird Deutschland in den englisch-französischen Interessengegensatz hineingezogen und Frankreich nur zu genügt fest, auch das, was es allenfalls vielleicht Deutschland allein bemittelt hätte, ihm zu verlagern, wenn es dadurch Englands Position kräftigen würde. Frankreich ist jetzt sehr stark. Es nimmt jetzt gleichzeitige Anläufe für Sadowa, für Sedan und für Tannenberg. Nicht bloß politisch und militärisch, sondern auch moralisch macht es gegen England Front. Es weist darauf hin, daß England sein Schicksal ins Trockene gebracht habe: Deutschlands Spitze liege auf dem Meeresspiegel, Deutschlands Kontinente seien ihm genommen, Deutschlands ausländische Handelsüberlastungen ausgelöscht, seine Ostküsten bedroht; nicht, und jetzt wolle dieses satirische England das zerbrochene Frankreich hindern, zu dem Seitigen zu kommen? Führt England sich bedroht, so glaubt Frankreich sich betrogen. Für Deutschland aber ist prang aus diesem Konflikt bisher noch nichts heraus.

Aber Amerika kann und soll helfen! Es ist befähigt wäre, Frankreich, wenn es zum äußersten käme, in den Arm zu fallen, mag dahingehelt bleiben. Sein wirtschaftlicher und finanzieller Einfluß auch auf Frankreich ist aber in der Tat sehr groß. Unzweifelhaft es seinen zwingenden Einfluß und zeigt wenig Lust, ihn zu gebrauchen; und seine Neigung wird nicht dadurch größer, daß es von allen Seiten bedrängt wird, sich in die europäischen Streitigkeiten einzumischen und die Einmischung mit der Erziehung seiner Bevölkerung zu beginnen. Wenn der Amerikaner, wie man immer sagt, bei aller Sentimentalität zunächst Geschäftsmann ist, so ist das Verfahren, das in Europa angewandt wird, sicherlich nicht sehr geeignet, das ihm angenehme Geschäft schmackhaft zu machen. Mögen aus große amerikanische Vorkriegszeit ganz gern bereit sein, ihre überflüssigen Gelder in Europa anzulegen — die Masse ihrer Anleger ist anderer Meinung und von ihnen hängt letzten Endes die Wankpforte in Amerika ab. Daß Rußland dem Zusammenbruch Deutschlands unzulässig zusehen würde, kann man füglich bezweifeln. Doch die Art, in der es auf ihn reagieren könnte, würde für Deutschland kaum eine Verbesserung seiner Lage bedeuten. Es könnte dann noch zum Kampfplatz zwischen Ost und West werden und damit das Weltgeheimnis, was ihm übrig geblieben ist. Die politische Seite des Reparationsproblems bietet demnach für Deutschland sehr wenig tröstliche Aussichten. Streben und Hoffnung müssen darauf gerichtet bleiben, die wirtschaftliche und finanzielle Seite auf Kosten der politischen in den Vordergrund zu schieben. Aber es ist keine Zeit zu verlieren. Nicht bloß die wirtschaftliche und finanzielle, auch die innerpolitische Lage wird immer schwieriger, die Stellung der Regierung immer gefährdeter, der Zustand der inneren Krisen immer chronischer.

Der Weg ins Freie würde gewiß schneller und leichter gefunden und besichert werden können, wenn die Schuldenfrage zwischen den Alliierten selbst durch wechselseitige Verständigung gelöst würde. Das könnte um so leichter geschehen, als in Wahrheit doch kein Mensch daran denkt, daß diese Schulden jemals wirklich bezahlt werden. Es handelt sich mehr um eine Frage des Prestiges, des Vertrauens und des Entschlusses als der geschäftlichen Realisation. Eins muß jedoch werden: drückt Deutschland in Folge der Reparationsforderungen zusammen, so entstehen daraus wiederum nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Folgen; und diese Folgen beschränken sich nicht auf das Gebiet des Reichs.

